

## Diskussion über die Deponie Froschgraben

**Gemeinde macht sich für Handlungsalternativen stark.**

**Bauschuttabfälle aus dem Kernkraftwerk Neckarwestheim, die rechtlich als radioaktiv unbedenklich gelten, sollen auf den Mülldeponien Am Froschgraben und Vaihingen-Horrheim gelagert werden. Eine Infoveranstaltung dazu sorgte in der örtlichen Festhalle vor einer Woche für reges Interesse. Über 400 Besucher verfolgten die Pro und Kontras von Befürwortern und Gegnern.**

Bürgermeister Nico Lauxmann hatte verschiedene Interessenvertreter wie Landrat Dr. Rainer Haas, den Gutachter der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises (AVL), Christian Küppers, Franz Borrmann als Gutachter der Gemeinde sowie Gerrit Niehaus und Manfred Loistl vom Umweltministerium und Dr. Dierk-Christian Vogt der Interessengemeinschaft Deponie Froschgraben zu diesem Thema eingeladen. Um einen sicheren Ablauf der einzelnen Wortbeiträge und der anschließenden Podiumsdiskussion zu gewährleisten, moderierten Wolfgang Schneider, Christine Oschmann und Juliane Dietz von der Agentur Systemische Allianz die Veranstaltung.



*Referenten der Podiumsdiskussion - v. l. Bürgermeister Nico Lauxmann, Gutachter der Gemeinde, Franz Borrmann vom Institut für Umwelttechnologien und Strahlenschutz, Landrat Dr. Rainer Haas, Gutachter der AVL, Christian Küppers, Gerrit Niehaus vom Umweltministerium, Dr. Dierk-Christian Vogt der Interessengemeinschaft Deponie Froschgraben*

Bürgermeister Nico Lauxmann erinnerte bei seinen Begrüßungsworten daran, dass aufgrund der bereits erfolgten Ablagerungen aus Karlsruhe ohne Wissen der Gemeinde das Vertrauen der Bevölkerung und der Gemeinde erschüttert wurde und eine starke Verunsicherung vorherrsche. Auch der Landrat gab zu, dass zwei Dinge betrachtet werden müssten: „Der Blick zurück, der mit Zweifeln an der Zuverlässigkeit der AVL bestückt ist und der jetzigen Situation, Gemeinschaftsabfälle aus dem Werk Neckarwestheim I auf der Schwieberdinger Deponie abzulagern.“ In der Vergangenheit waren innerhalb von acht Jahren 150 Tonnen AKW-Abfälle von Karlsruhe auf der Mülldeponie gelandet. Das entspricht fünf Lkw-Ladungen mit je 30 Tonnen. Der Landrat selbst habe als Aufsichtsratsvorsitzender nichts von diesen Transporten mitbekommen. Zusätzlich wurde der AKW-Müll zum Preis von gewöhnlichem Bauschutt an der Deponie angenommen. „Dies hätte nicht passieren dürfen und darf auch nicht wieder geschehen“, so Haas. Ein Gutachter der AVL nahm Messungen vor, die mit einem Gutachter der Gemeinde abgestimmt werden mussten. Aufgabe war es, Messungen über das bereits abgelagerte Material aus Karlsruhe zu erhalten. Fazit: Das abgelagerte Material könne als gesundheitlich unbedenklich angesehen werden, da die Grenzwerte von zehn Mikrosievert nicht überschritten würden. Des Weiteren erfolgte eine unabhängige Bewertung der Messergebnisse von Seiten des gemeindlichen Gutachters. Ebenfalls stand hier beim bereits abgelagerten Material im Fokus, dass die bisherigen Ablagerungen als gesundheitlich unschädlich angesehen werden können.



*Großes Interesse herrschte bei der Infoveranstaltung vor einer Woche*

Das Umweltministerium kam bezüglich der zukünftigen Materialien, die auf der Deponie abgelagert werden sollen, zum Resultat, dass es keinen Unterschied zwischen den Strahlungen die von natürlichen oder künstlichen Nukliden ausgehe, gäbe. „Wir haben den Anlieferstopp Ende November aufgehoben“, so Gerrit Niehaus vom Umweltministerium. Dr. Dierk-Christian Vogt der Interessengemeinschaft Deponie Froschgraben fragte: „Wer kann garantieren, dass von dem belasteten Material keine Gesundheitsschädigung ausgeht?“ Vermehrt machte er deutlich, dass es keinen plausiblen Grund dafür gäbe, 4.400 Tonnen AKW-Abfall von Neckarwestheim nach Schwieberdingen wegzubringen, schließlich werde dort noch viel stärker belasteter Müll Jahrzehnte weiter gelagert. Über 5.400 Bürgerinnen und Bürger aus Schwieberdingen und anderen Kommunen bestätigten mit ihrer Unterschrift, dass sie gegen die Ablagerung sind. Die gesammelten Unterschriften wurden dem Landrat während der Veranstaltung übergeben.



*Über 5.400 Bürgerinnen und Bürger aus Schwiebingen und anderen Kommunen haben bereits mit ihrer Unterschrift gegen die Ablagerung von Kernkraftwerkabfällen protestiert*

Wie brisant das Thema ist und mit welchen Verunsicherungen die Besucher zur Veranstaltung gekommen waren, zeigte sich an den unzähligen Fragen, die den Referenten während der Podiumsdiskussion gestellt wurden.

„Die Zwänge sind rechtlich da, wir kennen die Situation des Landkreises, doch wenn es in anderen Bundesländern möglich ist, Alternativen zu diskutieren, muss dies auch hier der Fall sein,“ so Bürgermeister Nico Lauxmann. Er werde sich deshalb weiter beim Land stark machen, Handlungsalternativen zu suchen und die Verunsicherungen der Bevölkerung an den Landkreis weitergeben. Die Position der Gemeinde samt den Mitgliedern des Gemeinderates wird weiterhin so vertreten, dass hier an diesem Standort kein AKW-Müll abgelagert wird. „Darin sehe ich meine Aufgabe.“